



13.11.2018

Bund-Länder-Vereinbarung zur Sicherung von Gräbern von Sinti und Roma

Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages

1. Das Präsidium begrüßt den Entwurf der seit langem vom Deutschen Städtetag geforderten Bund-Länder-Vereinbarung zum "Erhalt der Gräber der unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma". Der Entwurf greift die kommunalen Forderungen auf und wird zu Rechtssicherheit ohne größere finanzielle Belastungen der Friedhofsträger führen.
2. Das Präsidium bittet Bund und Länder, diese Vereinbarung noch in diesem Jahr zu verabschieden.
3. Das Präsidium appelliert an seine Mitgliedsstädte, nach der Verabschiedung der Vereinbarung alles daran zu setzen, die Gräber der unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma zu erhalten.

Deutscher Städtetag Berlin
Tel. 030 37711-0
post@staedtetag.de

Deutscher Städtetag Köln
Tel. 0221 3771-0
post@staedtetag.de